

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint an allen Werktagen.
Abonnement in der Stadt vierteljährlich M. 1.20 monatlich 40 Pf.
bei allen württ. Postanstalten und Boten im Orts- u. Nachbarortverkehr vierteljährlich M. 1. ausserhalb desselben M. 1. hierzu Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern, Enzklösterle etc. mit amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg. Auswärtige 10 Pfg. die kleinspaltige Garmondzeile.
Reklamen 15 Pfg. die Petitzeile.
Bei Wiederholungen entspr. Rabatt.
Abonnements nach Uebereinkunft
Telegramm-Adresse: Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 158.

Dienstag, den 10. Juli

1906.

Württ. Landtag.

Stuttgart, 7. Juli. Präsident v. Payer eröffnet die Sitzung um 9 1/4 Uhr. Am Regierungstisch: Minister v. Breitting, v. Bischof und Min.-Rat Seig. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des

Landtagswahlgesetzes.

Die Kommission beantragt zu 7 Art. den Beschlüssen des anderen Hauses, die unwesentlichen Natur sind, z. T. in Konsequenz von Beschlüssen zur Verfassungsrevision beizureten. Diese Anträge werden nach kurzen Reserven des Abg. Kraut angenommen. Nach dem Beschluß zu Art. 40 dürfen Personen, die bei den vorangegangenen allgemeinen Wahlen der Oberamtsbezirke und Städte für zum Abg. eines Oberamtsbezirks oder einer Stadt gewählt von der DL-Wahlkommission erklärt worden sind, bei den Proporzahlen nicht mehr gewählt werden.

Abg. Liesching (Sp.) weist darauf hin, man habe bei der Verfassungsrevision vergessen, eine Bestimmung über das Inkrafttreten des Gesetzes zu treffen. Das müsse jetzt nachgeholt werden, damit die Neuwahlen vor Beginn des neuen Landtags angeordnet werden können.

Ministerpräz. v. Breitting: Werde der 1. Dez. als Termin gewählt, so können die Wahlen am 2. Dez. schon erfolgen. Der nächste Etat werde dann nicht verzögert. Die Terminwahl werde Sache der 1. Kammer sein.

In der Schlussabstimmung wird das Gesetz mit 75 gegen 1 Stimme (v. Breitschwert) angenommen.

Es folgt die Beratung der abweichenden Beschlüsse der K. d. St. zur

Gemeindeordnung.

Die Anträge der Kommission zu den Art. 8, 17, 19, 22 und 29 gehen auf Beitritt zu den Beschlüssen des anderen Hauses und werden angenommen.

Die Kommission beantragt auch zu Art. 40 (Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher) Zustimmung, wonach die von diesem Hause beschlossene Rückwirkung auf die nach dem 1. Januar 1905 gewählten Ortsvorsteher nicht stattfinden soll. Dieser Beschluß ist von der Kommission gegen eine Minderheit gefaßt worden. Die Mehrheit der Kommission bildet aber einen wesentlichen Teil der 14 Abg., die im Plenum gegen 54, welche die Rückwirkung wollen, in der Minderheit geblieben sind.

Berichterst. Hausmann-Balingen (Sp.): Die Rückwirkung sei keine Unbilligkeit. Die 1. Kammer habe allerdings erklärt, daß der Entwurf scheitere, wenn die

Rückwirkung eintrete. Er beantrage, auf dem früheren Beschluß zu beharren.

Minister v. Bischof: Für ihn gelte nicht die Billigkeits-, sondern die Rechtsfrage. Die Rückwirkung würde ein Unrecht sein, auch eine Unbilligkeit. Weder Regierung noch 1. Kammer seien jemals für die Rückwirkung gewesen. Die nach dem 1. Jan. 1905 Gewählten haben eine Eingabe an das Ministerium gerichtet, in der sie allerdings auch die großen Wahlkosten geltend gemacht haben. Dieses von Hausmann kritisierte mehr als ungeschickte Argument sei aber nicht das einzige der Eingabe. Er bitte, diesen Stein des Anstoßes zu beseitigen. Von einem Scheitern stehe in dem Bericht des anderen Hauses nichts.

Abg. Rembold-Kalen (Ztr.) erklärt sich namens des Zentrums für den Antrag Hausmann. Wenn ein Ortsvorsteher mit Hoffnung auf die Rückwirkung ein Haus gebaut habe, so brauche man darauf keine Rücksicht zu nehmen. (Zuruf: Der hat auf Sand gebaut! Heiterkeit.)

Abg. Kraut (kons.) meint, man solle ein Prinzip festhalten und auch keine beschränkte Rückwirkung beschließen.

Abg. Gröber (Ztr.): Die 1. Kammer gebe die Möglichkeit einer beschränkten Rückwirkung zu. Eine Frage, die so oft schon entschieden worden sei, sollte nun endlich in die Praxis gesetzt werden. Mit diesem Rechtsgedanken müsse durch einen Sperrparagrafen endlich ernst gemacht werden.

Abg. Röder (D. P.) versteht nicht, wie 3 Juristen für das Unrecht der Rückwirkung sein können. (Sehr richtig! Gröber: Sehr unrichtig! Heiterkeit.)

Nach weiteren Bemerkungen des Ministers, des Berichterstatters Hausmann und der Abg. v. Sedendorf, Hildenbrand betont Gröber, im Jahr 1904 habe auch — verhalte dich Gerechtigkeit! — der Abg. Röder für die Rückwirkung gestimmt. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Wolff erklärt, daß die Mitglieder des Bundes der Landwirte im Gegensatz zu Kraut für die Rückwirkung stimmen werden.

Nach weiterer Debatte, worin Minister v. Bischof nachweist, daß ein Abg. der Sozialdemokratie (Hildenbrand) noch im März ds. Js. die Wähler zur Vorsicht gemahnt habe, da sie einen der letzten Lebenslänglichen wählen und somit selbst nicht sicher gewesen sei, ob die Rückwirkung beschlossen werde oder nicht (große Heiterkeit) wird der Antrag Hausmann mit 49 gegen 21 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen. Mit Ja stimmen Volkspartei, Zentrum, Sozialdemokratie und Bauernbund, mit Nein Deutsche Partei, Prälaten, Ritter, Maier-Rottweil (Ztr.) und Kraut (kons.) Art. 40 a betrifft die Bestätigung der Ortsvorsteher-

wahl. Die Kommission beantragt, dem Beschluß des anderen Hauses zuzustimmen: Hat ein unmittelbar nach Ablauf der ersten oder einer späteren Wahlperiode Wiedergewählter zwar nicht zwei Drittel, aber mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, so darf die Bestätigung nur verweigert werden, wenn das Ministerium des Innern unter Berufung auf Tatsachen die Annahme für begründet erklärt hat, daß die Gemeindevorwaltung oder die dem Ortsvorsteher gesetzlich übertragenen Geschäfte unter der Amtsführung des Wiedergewählten notleiden würden.

Berichterst. Hausmann befürwortet den früheren Beschluß.

Abg. Rembold-Kalen (Ztr.) erklärt sich namens seiner Partei für den Beschluß des anderen Hauses.

Minister v. Bischof: Er bitte dringend, dem Beschluß des anderen Hauses zuzustimmen.

Abg. Gröber (Ztr.) glaubt, eine bessere Fassung, die im Interesse der Anwendung des Gesetzes liege, könne die 1. Kammer nicht ablehnen. Der materielle Grundgedanke des anderen Hauses solle ja nicht berührt werden. Statt Tatsachen sollte man „Handlungen des Wiedergewählten“ sagen.

Minister v. Bischof würde diese Aenderung nicht für geeignet halten.

Abg. Hausmann (Sp.) stellt den Antrag, nach dem Worte „Tatsachen“ die Worte einzufügen: „für welche den Wiedergewählten eine Verantwortung trifft.“

Minister v. Bischof: Hierdurch würde die ganze Sache wesentlich erschwert.

Abg. Rembold-Kalen (Ztr.) beantragt: „Tatsachen, die die Person des Wiedergewählten betreffen.“

Minister v. Bischof bittet, sich doch auch in die Lage der Regierung zu denken, die zu vermitteln habe. Der Kommissionsantrag wird angenommen. Ohne Debatte wird sodann den Anträgen auf Beitritt zu den Art. 66, 68, 70, 75—77 a, 79, 82, 130, 200, 252, 257, 263 und 264 zugestimmt.

Zu Art. 200 wird eine Resolution angenommen, an die Kgl. Staatsregierung das Ersuchen zu richten, zur Ausgleichung der durch Art. 200 (Ruhegehalt bei Nichtwiederwahl oder Nichtbestätigung) verursachten Mehrbelastung der Pensionskasse für Körperschaftsbeamte, somit erforderliche Beiträge von Seiten des Staates zu leisten.

Das Gesetz wird hierauf in einfacher Abstimmung einstimmig angenommen.

Hier wird abgebrochen.

Nächste Sitzung Montag Vormittag 11 Uhr mit der Tagesordnung: Bezirksordnung; Gesetz betr. Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten.

Die Schlussabstimmung über die Verfassungsrevision.

Gefährliche Wege.

Roman von Ewald August König.

34

„Was nennen Sie Weiterwirken in Ihren Interessen?“ fiel Herta ihm in die Rede. „Sie müssen mir klaren Sinn einflößen, wenn ich Ihnen nützlich sein soll. Will die Baronin sich von ihrem Gatten gerichtlich scheiden lassen?“

„Die Scheidung wird der Baron verlangen!“

„So ist die Frau der schuldige Teil?“

„Sie ist es nur dadurch geworden, daß sie den Gatten verlassen hat.“

„Er könnte sie zwingen, zu ihm zurückzukehren.“

„Zwingen nicht, aber er kann sie auf gerichtlichem Wege dazu anfordern, und dieser Aufforderung wird sie nicht Folge leisten.“

„Der Besitz des Kindes soll Ihnen also günstige Bedingungen für die Scheidung sichern?“

„So ist es,“ nickte Heinrich Wallendorf; „wer von den beiden Gatten das Kind hat, der besitzt auch die Macht, dem anderen Wege vorzuschreiben.“

„Und die weiteren Interessen?“

„Darüber will ich mit Ihnen reden, wenn Sie die erste Aufgabe gelöst haben.“

„Verstehe ich Sie recht, so wollen Sie mich zu dem Bündnis mit Ihnen zwingen?“ fragte Herta, die wieder mit ihrem Fächer spielte, und unter ihren langen, seidenen Wimpern hervor trat ein freudiger Blick den alten Herrn, der ihr mit freundlichem Nicken zustimmte. „Weigere ich mich, so überliefern Sie mich meinem Manne und suchen alsdann ein anderes Werkzeug für Ihre Pläne?“

„Ganz recht, ich wußte, daß Sie mir ein offenes Verständnis entgegenbringen würden, ich weiß auch, daß Sie klug genug sind, die Vorteile anzunehmen, die ich Ihnen biete.“

„Je nun, ich bin einer Intrigue niemals abgeneigt gewesen, sie hilft über die Langweile hinweg; überdies veranlassen mich auch die eigenen Erfahrungen, in diesem Falle gegen den Ehemann Partei zu nehmen. Aber wird der Herr Baron von Ravenberg mich engagieren? Haben Sie über die Frage auch schon nachgedacht? Auf Sie werde ich mich nicht berufen dürfen und Zeugnisse besitze ich nicht.“

„Laut Heinrich hatte aus seinem Portefeuille mehrere Pa-

piere genommen, die er mit siegesgewisser Miene überreichte. „Hier ist das Zeitungsbild, das die Annonce des Barons enthält,“ sagte er, „die Berufung darauf wird genügen, Ihr Anerbieten als völlig unbedächtig erscheinen zu lassen.“

Hier sind ferner zwei Zeugnisse von sehr vornehmen Damen, die Ihnen zur Empfehlung dienen. Ihre persönliche Lebenswürdigkeit wird dabei auch in die Waagschale fallen, und da Sie voraussichtlich die erste Dame sind, die sich auf die Annonce persönlich meldet, so erwarte ich mit ziemlicher Sicherheit, daß Sie Ihren Zweck erreichen werden. Sie müssen aber heute noch hinaufahren, damit niemand Ihnen zuvorkommt; am besten geschieht es noch in dieser Stunde.“

„Halten Sie eine Aenderung meines Namens nicht für notwendig?“

„Ein falscher Name ist immer gefährlich,“ erwiderte er, „und weshalb wollen Sie ihn annehmen? Ihr Gatte kommt nicht nach Schloß Ravenberg, und Sie werden in der ersten Zeit überhaupt nicht das Schloß verlassen dürfen, also liegt eine Begegnung mit Herrn von Wellen kaum im Bereiche der Möglichkeit. Im übrigen dürfen Sie darauf vertrauen, daß ich alles anubieten werde, um Ihren Gatten so bald wie möglich zu entfernen.“

Herta hatte das blonde Haupt auf den Arm gestützt; gedankenvoll blickte sie den alten Herrn an. „Wie wollen Sie das ermöglichen?“

„Überlassen Sie das getrost mir.“

„Eduard ist schlauer, als Sie glauben; merkt er Ihre Absicht, so haben Sie das Spiel von vornherein verloren.“

„Ich danke Ihnen für diese Warnung, aber sie war unndig,“ scherzte er; „ich hoffe Ihnen schon bald die Nachricht senden zu können, daß Ihr Gemahl auf Rimmerwiederkehr abgereist ist. Im schlimmsten Falle könnte ich ihm ja den Aufenthalt hier dadurch verleiden, daß ich die Polizei auf ihn aufmerksam mache; er hat mir schon verraten, daß er mit ihr nicht gerne in Verbindung kommen möchte.“

„Er ist hier unbekannt.“

„Bah, wer in London im schwarzen Wuche steht, der kann hier seinen Namen auch darin finden. Ist das Bündnis zwischen uns beiden nun geschlossen, schöne Frau?“ Er bot ihr seine Hand und sie legte die ihre hinein.

„Ich werde noch in dieser Stunde hinaufahren!“ sagte sie.

„Gut. Auf die Jose und den Kutcher dürfen Sie sich verlassen, aber misstrauen Sie dem Kammerdiener, dem Verwalter und der Frau des letzteren, das übrige Personal kommt nicht in Betracht. Die Liebe des Kindes werden Sie leicht gewinnen können, vergessen Sie aber dabei nie, daß der Baron Sie scharf beobachtet.“

„Ich glaube, daß ich den Baron scharfer beobachten werde, als er mich,“ lächelte Herta kokett. „Erwarten Sie Nachrichten von mir, und auf welchem Wege soll ich sie Ihnen senden?“

„Gewiß erwarte ich Nachrichten,“ nickte er, „wir müssen in steter Verbindung miteinander bleiben. Ich werde Ihnen schreiben, es kann ja keinen Argwohn erregen, wenn Sie Briefe empfangen, aber der Vorsicht halber rate ich Ihnen, verbrennen Sie meine Briefe sofort, wenn Sie dieselben gelesen haben.“

„Ich aber kann Ihnen unter Ihrer eigenen Adresse nicht schreiben.“

„Nein, nein; dürfen wir Ihrem Fräulein Schwester unser Vertrauen schenken?“

„In dieser Angelegenheit nicht,“ sagte Herta rasch, „sie würde es als ihre Pflicht betrachten, unsere Pläne zu durchkreuzen.“

„So werde ich Ihnen eine andere Adresse schicken,“ erwiderte er; „ich habe noch nicht darüber nachgedacht. Es eilt ja auch nicht so sehr. Sie werden Ihre Aufgabe so rasch nicht lösen können, überdies müssen wir auch noch mancherlei Vorkehrungen treffen, damit das Kind unverzüglich an einen sicheren Ort gebracht werden kann. Ich werde Sie darüber noch genauer unterrichten, sollte eine nochmalige mündliche Besprechung nötig werden, so bestimme ich Ihnen Ort und Stunde unserer Zusammenkunft.“

„Sie sagten vorhin, ich dürfe Schloß Ravenberg nicht verlassen,“ warf Herta ein, während er sich erhob, um Abschied zu nehmen.

„In den ersten Tagen allerdings nicht, sobald aber Ihr Gatte die Stadt wieder verlassen hat, dürfen Sie jeden Tag ausfahren. Sie können auf diesen Spazierfahrten mitunter das Kind mitnehmen, so gewöhnen Sie allmählich den Baron daran, daß seine Tochter ganz unter Ihrer Obhut steht. Und nun zaubern Sie nicht lange, schöne Frau, die Augenblicke sind kostbar, sie müssen benützt werden.“

125, 20



die nochmals notwendig werden wird, findet in einer Nachmittags-Sitzung am Montag statt. Schluß der Sitzung 1/2 Uhr.

Stuttgart, 7. Juli. Die Kammer der Ständeherren erledigte heute in mehrstündiger Beratung das ganze Gesetz betreffend die Gewerbe- und Handelsschulen und tritt bei allen Artikeln mit unwesentlichen Abweichungen den Beschlüssen der Kammer der Abgeordneten bei. Die Tendenz des Gesetzes wurde einstimmig anerkannt und es wurde allgemein der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Gesetz eine große wohltätige Wirkung auf Industrie und Gewerbe ausüben werde. Erzbischof v. Löwenstein und Fürst v. Duda bedauerten, daß man den im anderen Hause gestellten Anträgen auf Einführung des Religionsunterrichts in den Lehrplan der gewerblichen Fortbildungsschulen nicht beigetreten sei. Minister v. Fleischhauer hob die praktischen Gründe und technischen Schwierigkeiten hervor, die dem Religionsunterricht entgegenstünden. Die Einführung des Religionsunterrichts entspräche nicht dem Charakter der Fortbildungsschulen und es sei auch nicht Aufgabe der gewerblichen Fortbildungsschulen, auf die Charakterentwicklung der Schüler Einfluß auszuüben. Durch die religiösen und kirchlichen Vereine könne in dieser Beziehung weit mehr erreicht werden als durch Zwang. Die nächste Sitzung findet am Montag Vormittag 11 Uhr statt mit der Tagesordnung: Verfassungsreform, Landtagswahlgesetz, Kirchengemeindegesetz und Bezirksordnung.

Die Verfassungsrevision von der ersten Kammer angenommen.

Stuttgart, 9. Juli. Die Kammer der Ständeherren hat der Verfassungsrevision nach den letzten Beschlüssen des anderen Hauses zugestimmt. Bei der Frage des Budgetrechts konstatierte die erste Kammer, daß durch die jetzigen Beschlüsse Artikel 19 des Einkommensteuergesetzes nicht berührt werde und wünscht daß dies auch in der 2. Kammer festgestellt werde.

Kundschau.

Neue Amnestiegedächte. Wie mehreren Berliner Blättern gemeldet wird, soll anlässlich der Geburt des jüngsten Hohenzollernprinzen demnächst eine allgemeine Amnestie erteilt werden, welche die Erlassung der Vollstreckung von solchen — auch von längeren — Strafen, bei denen nicht auch gleichzeitig auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt ist, in weitestem Maße umfassen wird. Nach der Rationalität war diese Amnestie bereits für die Silberhochzeit des Kaiserpaars in Aussicht genommen; sie wurde jedoch mit Rücksicht auf das erwartete und jetzt eingetretene große Ereignis bis dahin zurückgestellt. — Bisher haben sich diese Gerüchte immer als fromme Wünsche erwiesen.

Die Reinigung des Kolonialimpfes. In dem Strafverfahren gegen die zwei Beamten der Kolonialabteilung, Göb und Schneider, ist jetzt auch der verantwortliche Redakteur der freisinnigen Zeitung als Zeuge vor dem Untersuchungsrichter vernommen worden. Der Redakteur weigerte sich, den Namen seines Gewährsmannes zu nennen, erklärte sich aber bereit, beidigen zu wollen, daß er sein Material nicht von einem Beamten des Auswärtigen Amtes erhalten habe. Die Untersuchung nimmt einen stetig wachsenden Umfang an; u. a. ist, wie man dem Neuen Tagbl. aus Berlin meldet, bei einem in Oberschlesien wohnenden Privatmann, der mit den Missionen in Verbindung steht, auf Grund eines Briefes den man bei einem Kolonialbeamten vorgefunden hatte, eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden.

Tages-Chronik.

Berlin, 7. Juli. Das Herrenhaus hat heute das Schulgesetz nach den gestrigen Beschlüssen des Abgeordnetenhauses unverändert genehmigt. Das Gesetz ist damit definitiv angenommen.

Berlin, 7. Juli. Nach dem Muster des in England bestehenden englisch-deutschen Freundschafts-Komitees, von dem u. a. die Einlabung an die deutschen Redakteure ausgegangen war, ist seit einiger Zeit in Deutschland ein deutsch-englisches Verständigungs-Komitee in der Bildung begriffen, dessen Aufruf, wie die „Post“ mitteilt, von 800 Parlamentariern, Beamten, Gelehrten, Industriellen, Kaufleuten und andern angesehenen Persönlichkeiten unterschrieben worden ist.

Berlin, 7. Juli. Der Verteidiger Hügers hat wie die Neue Pol. Corr. berichtet, die von ihm eingelegte Revision zurückgenommen. Das Urteil der Dortmunder Strafkammer vom 16. Juni 1906 hat nunmehr in vollem Umfang Rechtskraft erlangt.

Berlin, 7. Juli. Die Nationalzeitung veröffentlicht heute einen Brief des früheren Legationsrats im Kolonialamt Dr. Helfferich, in dem sich dieser scharf gegen den Reichstagsabg. Erzberger wendet.

Berlin, 7. Juli. Aus Lübeck wird der Tögl. Rundschau telegraphiert: Der Lübecker Magistrat erhielt die amtliche Meldung, daß das große englische Uebungsgefahrer am 23. August in Lübeck eintreffen werde. Das Geschwader umfaßt 97 Kriegsschiffe.

Berlin, 7. Juli. Aus London meldet die Woff. Ztg.: Chamberlains morgiger 70. Geburtstag wird in Birmingham heute mit fast fürstlichem Pomp durch ein Bankett im Stadthause gefeiert werden. Nachher wird eine Autofahrt von 80 Automobilen und ein Feuerwerk im Stadtpark veranstaltet. Am Montag wird Chamberlain vor seinen Mitbürgern eine Rede halten.

Berlin, 9. Juli. 150 000 Ferientouristen beförderten am Samstag die 253 von Berlin abgehenden Fernzüge. Den Hauptverkehr hatte die Seltiner Bahn.

Berlin, 9. Juli. Gegen die Hauptwahl in Altona-Herlorn ist bereits ein Protest dem Reichstagsbureau zugegangen. Es sollen verschiedene arge Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften vorgekommen sein.

Quisburg, 7. Juli. Der Streik der Hafenarbeiter ist beendet. Die von einigen Firmen ausbittungsweise verwandten Militärmannschaften aus Wesel wurden auf Einspruch des Gewerkschaftskartells wieder zurückgezogen.

Hamburg, 7. Juli. Die Untersuchung gegen den in Altona wegen eines beabsichtigten Attentats gegen den deutschen Kaiser verhafteten amerikanischen Bürger August Rosenberg hat nicht Verdächtiges ergeben. Zwischen der Altonaer Polizeibehörde und den amerikanischen Behörden, die ihn als gefährlichen Anarchisten meldden, findet ein lebhafter Depechenwechsel statt. Rosenberg bleibt in Haft.

Offenbach a. M., 6. Juli. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde der sozialdemokratische Stadtverordnete Ehnert mit 20 Stimmen zum unbesoldeten Beigeordneten gewählt. 10 Stimmen fielen auf den bisherigen Beigeordneten Gerhäuser.

Paris, 9. Juli. Dreyfus beabsichtigt nach Verkündung des Urteils des Kassationshofes Klage gegen seine Verläumder anzustrengen, um seine Unschuld zu beweisen.

London, 7. Juli. Der deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich teilte dem Lord Mayor folgendes ihm vom Kaiser Wilhelm zugegangene Telegramm mit: „Ich wünsche, daß Sie zur Kenntnis des Lordmayors bringen, daß mir die Glückwünsche der Bürger Londons anlässlich der Geburt meines Enkels eine große Freude bereitet haben. Ich sende dem Lord Mayor meinen wärmsten Dank für seine Botschaft.“

Drontheim, 9. Juli. Gestern Nachmittag begaben sich Kaiser Wilhelm und Königin Haakon zum Dom, den der Kaiser mit großem Interesse besichtigte. Später war Gafatafel. Um 11 1/2 abends ging der Kaiser wieder an Bord der Hamburg.

Sofia, 7. Juli. Der neue griechische Bischof von Barna, Neophytos, ist heute früh mit dem österreichischen Dampfer Gorizia in Barna eingetroffen. Ungeachtet der getroffenen Vorsichtsmaßregeln durchbrach die Volksmenge die Polizeikette und empfing den Bischof mit Steinwürfen; dieser sah sich daher gezwungen die Rückreise anzutreten.

Washington, 9. Juli. William Bryan hat seiner Wiederaufstellung als Kandidat für die nächste Präsidentenwahl zugestimmt.

Durban, 9. Juli. Die englischen Truppen haben eine Streitmacht der Eingeborenen vollständig aufgerieben und geschlagen. Von den Eingeborenen fielen 570 Mann, die Engländer hatten keine Verluste.

Bei dem Motor-Schrittmacherrennen auf der Rennbahn Mieselsdorf bei München wurde der Schrittmacher Danemark lebensgefährlich verletzt. Er fuhr im schnellsten Tempo auf die in der Rennbahn liegende Maschine eines gestürzten Schrittmachers auf, wurde wett in die Luft geschleudert und fiel direkt auf den Kopf.

Ein blutiges Ende nahm in Mannheim ein galantes Abenteuer des Reisenden Julius Drilling aus Überfeld. Beim Versuch, nachts in das Schlafzimmer der Frau eines Wirtes in der Rheindammstraße einzudringen überraschte ihn der Chemann und brachte ihm furchterliche Stiche in die Brust und Unterleib bei. In schwerverletztem Zustande wurde der Reisende in das Krankenhaus gebracht.

In Freiburg i. Br. erlöschte sich während der Pause in einem Zimmer des Vertoldgymnasiums der Unterprimar Karl Scherer. Scherer konnte nur mit Hilfe eines Stodes gehen. Seine Lehrer bemerkten an ihm seit dem im Januar dieses Jahres erfolgten Tode seiner Mutter eine auffällige Gemütsdepression.

Das Automobil des Herrn Gustav Silberstein aus Berlin stieß bei Gernisch (Provinz Sachsen) gegen einen Chausseestiefen. Die Insassen wurden herausgeschleudert. Silberstein erlitt einen schweren Schädelbruch. Einem Fräulein Danfert wurde das Gehirn zerschmettert. Der dritte Insasse Willi Kus und der Chauffeur sind leichter verletzt.

Seit Samstag Vormittag stehen in Civille fünf bis sechs Gebäude in Flammen; weitere sind gefährdet. Die Feuerwehr schlägt unter großen Anstrengungen die Nachbargebäude des Brandherdes.

Im Kreise Hofgeismar (Bez. Kassel) ist am Freitag ein furchtbares Unwetter niedergelassen, das von schweren Hagelschlag begleitet war. Vor der Station Liebenau blieb der Personenzug Kassel-Hagen in der das Gleis furchtbar überdeckenden Hagelschicht stecken, die weggeschauvelt werden mußte, um die Weiterfahrt zu ermöglichen. Das Unwetter richtete großen Schaden an. Wegen raffinterter Schwindelen sind, wie die „Dresdener Zeitung“ meldet, dort die Witwe des Oberlehrers Ulrich und deren Sohn verhaftet worden. Frau Ulrich soll seit Jahren im ganzen etwa 300 000 Mark von einer Anzahl Personen aller Gesellschaftskreise unter Beihilfe ihres Sohnes erschwindelt haben.

In Götting und ganz Niederschlesien richtete ein furchtbares Unwetter schweren Schaden an. Die Flüsse traten über die Ufer, an vielen Stellen zündete der Blitz. In Rauschwalde wurde ein Gastwirt vom Blitz erschlagen.

Durch schwere Unwetter, die über Lothringen hereinbrachen und große Überschwemmungen verursachten, entgleiste in Spittel ein Eisenbahnzug.

In Ujeh, Comitat Vocs (Ungarn) richtete ein Wolkenbruch große Verheerungen an. 35 Wohnhäuser wurden vernichtet, 3 Personen getötet.

Zur Lage in Russland.

Der Schuldige von Bjelostok? Der Gouverneur von Grodno, Küster, zu dessen Amtsbezirk Bjelostok gehört, ist abberufen worden.

Aus Württemberg.

Dienstaachrichten. Uebertragen: Dem tit. Professor Steinhauser an der mittleren Abteilung des Gymnasiums in Schöningen die Stelle des Direktors und ersten Dampflehrers am Programmium in Nellingen, dem Oberpräzeptor Dr. Neff am Karls-Gymnasium in Stuttgart die Professorstelle für neuere Sprachen an dieser Anstalt, dem Gymnasiallehrer Dr. Hessler in Gammstadt eine Oberpräzeptorstelle an der Lateinschule in Göttingen, dem Vikar Stamlich an der Bürgerschule 2 in Stuttgart die Reallehrerstelle an der Realschule 2 in Stuttgart die Hauptlehrerstelle an der Elementarschule in Dehringen, die beiden Assistentenstellen bei der Geologischen Abteilung des Staatlichen Landesamts dem Dr. Bräuninger und Dr. Edm.

Hauskellern bei dieser Behörde, je eine Posthilfsstelle beim Telegraphenamt Stuttgart der Postamtsleiterin Holm, in Hoff der Postamtsleiterin Lisa Kohn und in Laubheim der Postamtsleiterin Rehm. Verlegt: Auf das Fortamt Altona nach der Oberleiterin Frau in Schwand auf sein Ansuchen, der Oberleitenden Dagen bei dem Kameralamt Altona seinem Ansuchen entsprechend in den bestehenden Ruhestand.

Gegen die Erhöhung des Postportos im Ost- und Nachbarortverkehr protestiert der Handelsverein Stuttgart. Er hat an die Generaldirektion der Posten und Telegraphen eine Eingabe gerichtet und gebeten, es bei dem bestehenden Zustand zu lassen. Namentlich wird darauf hingewiesen, daß die Summe von 500 000 M., um welche sich nach Ansicht der Regierung der an das Reich abzuführende Ausgleichsbetrag erhöhen werde, zu hoch erscheine. Denn erfahrungsgemäß habe jede Verbilligung der Gebühren eine Steigerung, jede Verteuerung eine Abnahme des Verkehrs im Gefolge. An Stelle des Massenverkehrs von Drucksachen durch die Post werde eine Verteuerung durch Voten treten, an Stelle der Benachrichtigung durch Postkarten eine Mehrbenutzung des Telephons. Zum Schluß wird in der Eingabe auf die Forderung des Staatsministers der auswärtigen Angelegenheiten in der 185. Sitzung der Kammer der Abgeordneten v. 27. v. Mis. Bezug genommen, daß die württ. Bevölkerung, selbst wenn eine Minderung erfolgen sollte, gegenüber den Verhältnissen im Reichspostgebiet wesentliche Vorteile behalten werde. — Daß jede Verbilligung der Gebühren eine Steigerung, jede Verteuerung eine Abnahme des Verkehrs im G. folge hat, ist der Verwaltung schon dundertmal vorgerechnet worden. Hoffentlich wird die Eingabe des Stuttgarter Handelsvereins die nötige Beachtung finden.

Stuttgart, 7. Juli. Der württ. Baubeamtenverein, der Verein der Bauwerkmeister Württembergs und der Bautechnikerverband Württembergs haben an das A. Staatsministerium eine gemeinschaftliche Eingabe gerichtet, es möchte die Zulassung zur staatlichen Bauwerkmeisterprüfung und besonderen Prüfung im Wasserbau auf von der erfolgreichen Abholierung der VI. Klasse einer höheren Lehramtsprüfung abhängig gemacht werden. Diefem Wunsche hat das Staatsministerium erklärt, nicht entsprechen zu können. Abgesehen von den sonstigen sachlichen Bedenken, die der Erfüllung der Bitte nach verschiedenen Richtungen, namentlich im Hinblick auf die Interessen des öffentlichen Dienstes und der lgl. Baugewerkschule entgegenstehen, müssen vor allem die Wirkungen der erst jetzt zur vollen Anwendung gelangenden neuen Ordnungen der Bauwerkmeisterprüfung und der Prüfung im Wasserbau auf mit ihren zum Teil erhöhten Anforderungen abgewartet werden, ehe einschneidende Änderungen der in diesen Prüfungsbedingungen festgesetzten Zulassungsbedingungen in nähere Erwägung gezogen werden können.

Stuttgart, 7. Juli. Das Karls-Gymnasium feiert heute früh 10 Uhr durch einen feierlichen Akt im Festsaal das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens. Dazu war eine große Anzahl von Gästen erschienen. Die poetische Weihe erhielt die Feier durch einen Prolog, der dem Karls-Gymnasium von Heinrich Lillienfeld, den die Anstalt zu ihren frühesten Schülern zählen darf, aus Anlaß der Jubelfeier gewidmet worden ist.

Stuttgart, 7. Juli. Der 17. deutsche Kongreß für Knabenhandarbeit wurde heute Vormittag im Vortragsaal des Landesgewerbemuseums von dem Vorsitzenden von Schenkenborff-Görtz eröffnet. Vertreten sind das preussische, bayerische, badische und württembergische Kultusministerium, sowie das k. sächs. Schwarzburgische Ministerium für Kirchen- und Schulwesen, das württ. Ministerium des Innern, sowie eine Reihe deutscher Stadt- und Schulverwaltungen.

Ludwigsburg, 9. Juli. Die neue Reiterkaserne wird diesen Monat noch bezogen. Sie wird den Namen des Regiments „Königin Olga“ das in ihr aufgenommen wird erhalten.

Göppingen, 7. Juli. Zur Landtagswahl. Auf das Schreiben hin, das die deutsche Partei bezüglich einer Kompromißkandidatur zur kommenden Landtagswahl an die Volkspartei gerichtet hat, ist von dieser am Donnerstag Abend eine Versammlung ins „Kab“ einberufen worden, die gut besucht war. Das deutschparteiliche Schreiben war Gegenstand einer lebhaften und längeren Diskussion, besonders verstimmt die kurze und nicht näher begründete Ablehnung der Kandidatur Wählers. Auch wurde von den zu einer mündlichen Verhandlung betz. der nunmehr fallengelassenen Kandidatur Rothfah beauftragten Vertretern der Partei bestritten, daß sie die Meinung zum Ausdruck gebracht hätten, eine deutschparteiliche Kompromißkandidatur hätte eine größere Aussicht auf einen Wahlsieg, vielmehr sei dies von deutschparteilicher Seite behauptet worden. Trotz dieser und anderer Ausstellungen an der deutschparteilichen Zuschrift einigte man sich nach langer Beratung dahin, die Verhandlungen doch nicht abzubrechen, sondern auf den Vorschlag der Deutschen Partei prinzipiell einzugehen unter der Voraussetzung, daß die nötigen Garantien geboten werden. In diesem Sinne ist dann ein Schreiben an die Deutsche Partei abgegangen. Die Volkspartei verlangt jedoch von dem aufzustellenden Kandidaten, daß er sich zu einem entschiedenen Liberalismus bekennt, und er hätte demgemäß folgende Formulierung in sein Wahlprogramm aufzunehmen: „In allen Fragen des wirtschaftlichen Lebens, der Politik, der Schule und Kirche, der Kunst und Wissenschaft stehe ich auf dem Boden eines entschiedenen Liberalismus, der sich die Verwirklichung der individuellen Freiheit in Verbindung mit einem vorurteilslosen sozialen Ausgleich zum Ziele gesetzt hat. Ich bin mir namentlich der Gefahr voll bewußt, in die eine einseitige und exklusive wirtschaftliche und kirchliche Interessenvertretung unser Volk bereits geführt hat und noch weiterhin zu führen droht, wenn nicht der Liberalismus mit ganzer Kraft seine Schuldigkeit tut. Aus dieser Erkenntnis heraus werde ich meine Aufgabe insbesondere auch in der energischen Bekämpfung des agrarisch-konservativen und ultramontanen Anarchismus im Bd. d. Landw. und Zentrum erblicken.“ Falls die Deutsche Partei in der Lage ist, diese Bedingungen, die mit ihrem Parteiprogramm sehr wohl in Übereinstimmung zu bringen sein dürften, zu er